

Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Verlag Heinz Sahrenbrach, Düsseldorf, Florastraße 7, Telefon 14742 + Druck und Versand Joh. van Riken, Crefeld, Luth. Kirchstr. 65, Telefon 24614 + Bestellungen durch die Post für den Monat 1.— M.

Nummer 29

Düsseldorf, den 15. Mai 1926.

Verbandort Crefeld

Die deutsche Sozialpolitik in Vergangenheit und Zukunft.

Von Bernhard Otte.*)

Die christlich-nationale Arbeiterbewegung führt ihr Eigenleben aus der ihr eigenen Ideengrundlage heraus. Alle Gebiete des öffentlichen Lebens, in die sie eingreift, sieht sie von dieser Ideengrundlage aus bestimmt. Alle Teilgebiete, die sie bearbeitet, sind ihr Mittel, um dem Gemeinschaftsleben des Arbeiterstandes und darüber hinaus dem Gemeinschaftsleben des Volkes auf der Grundlage ihrer Ideengrundlage Form und Inhalt zu geben.

Auch die Sozialpolitik ist ein Faktor, dem Gemeinschaftsleben des deutschen Volkes lebensgerechten Inhalt zu geben, als wir ihn heute haben. Unsere Auffassung von Sozialpolitik baut sich auf dem Glauben an die christliche Menschenwürde, die für jeden Menschen die Freiheit der körperlichen und geistigen Kraftentfaltung und damit zu allererst Schutz vor körperlicher Kraftauszehrung fordert. Hier liegt die Wesensbestimmung der Sozialpolitik. Sozialpolitik ist nicht Fürsorge einer höheren oder vollwertigeren Schicht für eine mindervertige oder tieferstehende; sie ist auch nicht Fürsorge für den Arbeiter bzw. den Arbeitnehmer als schaffendes Objekt der Wirtschaft, sondern sie ist ein selbstverständlicher Anspruch des körperlich schaffenden und schwer arbeitenden Menschen auf Schutz seiner Persönlichkeit. Die Anerkennung der Persönlichkeit und Menschenwürde in allen Menschen schafft für die Sozialpolitik die wahre und richtige Grundausgangspunkt, und gibt ihr damit die Kraft selbstverständlicher Gemeinschaftsverbindungen der Volksschichten untereinander.

Die Sozialpolitik der Vergangenheit hatte stark den Charakter der Zweckfürsorge. Sie war im wesentlichen von der Sphäre des Obrigkeitsstaates und von dem Gedanken des Gebens von oben herunter beherrscht. So sehr auch anerkannt werden muß, daß die gesetzgeberischen sozialpolitischen Maßnahmen, besonders am Ende des vorigen Jahrhunderts, im gewissen Sinne als Frucht mit dem Grundgedanken des „freien Spiels der Kräfte“ mit der Freiheitslehre, die dem Staat lediglich die bekannte Nachhelferrolle zubilligte, zu betrachten sind, so war jene Sozialpolitik doch weit davon entfernt, in ihr einen Faktor zu sehen, der die innere und äußere Gleichberechtigung der Arbeiter in sich schloß. Auch war durch die Sozialpolitik in Wirklichkeit das „freie Spiel der Kräfte“ nur wenig eingegrenzt. Die Sozialpolitik war Zweckmaßnahme besonders in der Hinsicht, den Arbeiter mit dem Staat mehr auszuheben, sie war eine Konzession an die wachsende Macht der Arbeitererschaft, die ihr die Organisation gab. Der Zweck konnte aber nicht erreicht werden, weil dem Arbeiter gegenüber die hohen Schiedsmauern in gesellschaftlicher und staatlicher Hinsicht, die ihn zu einem Bürger minderen Rechts, zum Objekt auch der Gesetzgebung stempelten, aufgerichtet waren. Und diesen zweckbestimmten Konzessionen gegenüber, die man der arbeitenden Klasse, nicht aber den Menschen der Arbeitererschaft gegenüber machte, forderte man noch die Dankbarkeit des Arbeiters. Der Gedanke, daß die soziale Fürsorge aus einer sittlichen Pflicht heraus, von der Grundlage der Anerkennung der Menschenrechte und Menschenwürde der Arbeiter auszugehen hat, hatte keinen Raum. Und als die beabsichtigten Wirkungen nicht eintraten und das Aufbegehren der in ihrer Menschenwürde verletzten Massen größer wurde, glaubte man zeitweilig, Sozialpolitik sei überhaupt eine sehr zweifelhafte Sache, oder sie sei gar zwecklos. Die Schlagworte von der Begehrtheit der Massen, von der Mentenschicht der Arbeiter wurden gangbare Münze.

Sinn und Inhalt der zukünftigen Sozialpolitik muß vornehmlich bestimmt sein von der Achtung der Menschenwürde, von dem Gedanken sittlicher Verbundenheit der Volksgenossen untereinander. Die Sittlichkeit des Staates sowohl wie auch der Volksgenossen untereinander muß mehr von diesen seelischen Grundgedanken beherrscht sein. Für uns als Anhänger der christlichen Weltanschauung ist diese Schlussfolgerung von selbst gegeben. Eine gewaltige Erziehungsaufgabe ist notwendig, um für alle Volksschichten die seelische Grundanschauung zur Grundlage allen sozialpolitischen Handelns zu machen.

Aus der Erkenntnis der gezeichneten Gesinnungsgrundlage der Sozialpolitik heraus muß die staatliche Sozialpolitik ihr Bestreben dahin richten, in verstärktem Maße Sozialpolitik „mit und durch“ die Arbeitererschaft zu betreiben. Dort, wo die Gesetze und Einrichtungen noch stärker die Selbstverantwortung und Selbstverwaltung gewährleisten können, muß es geschehen. Allzu großer Bürokratismus und Formalismus hemmen den seelischen Kontakt, der nötig ist.

In diesem Sinne wollen die praktischen Gegenwartsfragen betrachtet werden. Wir erstreben einen weiteren organischen Ausbau der Sozialversicherung.

Das gilt im Hinblick auf die Reichsknappschaftsreform. Es handelt sich bei ihrer Ausgestaltung im letzten Grunde ja gar nicht darum, einige Auswüchse zu beseitigen. Wo wirklich nicht zu verantwortende Lieberschneidungen des Lohnes durch Renten in Einzelfällen Platz greifen, werden die Arbeitervertreter die letzten sein, die solche Dinge nicht beseitigen helfen wollen. In Wirklichkeit sollte aber die Knappschaftsversicherung wesentlich rückwärts revidiert werden, ein Beginnen, dem in Anbetracht der schweren und gefährlichen bergmännischen Arbeit unsere Bewegung nicht zustimmen kann. Es würde hier das Gegenteil vom organischen Aufbau erstrebt.

Einer Verjüngung oder einer Zusammenlegung der verschiedenen Versicherungszweige kann man nicht das Wort reden; man kann es nur insofern tun, als dadurch keine größere Bürokratisierung, sondern Vereinfachungen auch nach der verwaltungstechnischen Seite entstehen. Die Frage, ob die Sozialversicherung nicht durch eine allgemeine Fürsorge bzw. durch eine allgemeine Staatsbürgerversicherung abgelöst werden soll, muß als unzweckmäßige und schematische Lösung verneint werden.

Jebezug auf die Erwerbslosenfürsorge haben wir die Abschaffung der Erwerbslosenfürsorge durch einen Rechtsanspruch gewährleistende gute Erwerbslosenversicherung verlangt. In der Kostenbedeckung sollte außer den Beiträgen der Beteiligten auch das Reich und die Allgemeinheit herangezogen werden.

*) Auszug aus der Dortmunder Kongressrede des Generalsekretärs der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

werden. Die meisten Generalversammlungen unserer Berufsverbände haben sich dieser Forderung angeschlossen. Inzwischen ist auch die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände mit einem Gesetzentwurf hervorgekommen, der geradezu darauf ausgeht, überall dort, wo den Arbeitnehmern Rechte und Freiheiten eingeräumt sind, diese Rechte und Freiheiten zu beseitigen. Demgegenüber sei betont, daß das Bestreben, möglichst eine hungernde Reservearmee zu erhalten, die besonders in Krisenzeiten auf den Arbeitsmarkt drückt und eine Gefahr für die sozialen Errungenschaften bedeutet, uns zum nachdrücklichen und scharfen Gegner haben wird. Die jetzige Krisenzeit erschwert die Schaffung einer Arbeitslosenversicherung. Darum fordern wir eine Zwischenlösung, die darin besteht, daß die Unterstützungsfälle nach Lohnklassen gestaffelt werden. Die Bemessung der Unterstützungsfälle nach dem Lohn ist das gerechteste. Wir müssen ferner zu klaren Rechtsverhältnissen und Abgrenzungen der Zuständigkeiten in der Erwerbslosenfürsorge kommen. Zwischen Reich, Ländern und Gemeinden besteht heute vielfach ein Dualismus, der nicht nur ein Nebeneinander sondern ein Gegeneinander zur Folge hat. Die Leidtragenden dabei sind die Versicherten. Notwendig haben wir auch eine Beschwerdestelle gegen nicht haltbare Beschlüsse der Verwaltungsausschüsse.

Die vor kurzem erfolgte Regelung der Kurzarbeiterunterstützung bedarf dringend einer Überarbeitung. Die Verordnung über die Kurzarbeiterunterstützung ist mit so viel Einschränkungen verbunden, daß sie beim besten Willen keine Befriedigung auslösen kann. Hinzu kommt die Beschränkung der Unterstützung auf Betriebe, die in der Regel mehr als 10 Arbeiter beschäftigen. Wir geben deshalb zu, daß es schwierig ist, in dieser Frage eine gerechte Lösung zu finden, können aber die Argumentation nicht anerkennen, daß die Kurzarbeiterunterstützung den Unternehmern den Anlaß gäbe, ihre Betriebe noch mehr einzuschränken bzw. stillzulegen. Es muß eine gerechtere Lösung der Kurzarbeiterunterstützung gefunden werden.

Das Arbeitsgerichtsgesetz, dessen Verabschiedung hoffentlich in nicht zu ferner Zeit erfolgen wird, ist arbeitsrechtlich für uns eine sehr bedeutende Materie. Im großen und ganzen werden wir uns auf den Boden des zuletzt erschienenen Entwurfs stellen können. Wir sind auf der einen Seite weder für eine vollständige Lösung vor den arbeitsrechtlichen Gerichten, noch auf der anderen Seite für eine volle Eingliederung der Arbeitsgerichte in die ordentlichen Gerichte. Ebenso können wir dem von den Rechtsanwältinnen und auch sonst in der Öffentlichkeit geltend gemachten Verlangen nach Zulassung der Rechtsanwältinnen schon in erster Instanz nicht zustimmen. Die Beteiligten sollen, wo es möglich ist, ihre Sache allein austragen.

In diesem Zusammenhang sei auch auf die Notwendigkeit verwiesen, die Schaffung eines einheitlichen Arbeitsrechts mehr zu beschleunigen. In dem Arbeitsgerichtsgesetz sehen wir einen Anfang.

Man kann das Tarif- und Schlichtungsweisen nicht behandeln, ohne auch die Lohnfrage zu streifen. Die Lohnfrage ist immer der Punkt, bei dem die größten Gegensätze auftauchen. Die Gegensätze gegen eine verkürzte Arbeitszeit, gegen das Tarif- und Schlichtungsweisen ist zum wesentlichen von dem Verlangen diktiert, in der Lohnfrage freiere Hand nach unten hin zu bekommen. Es wäre wirklich zu wünschen, daß wir endlich einmal, besonders auf Arbeitgeberseite, zu einer großzügigern Einstellung zur Lohnpolitik kommen. Immer wieder kann man hören, in Anbetracht der Lage der deutschen Wirtschaft muß der Lohn auf einem tieferen Niveau liegen. Oder es wird umgekehrt argumentiert, die Reallohnne seien in Deutschland — abgesehen von Amerika — so hoch wie im Ausland. Das trifft nun keineswegs zu. Gewiß ist bei einigen Gruppen der Reallohn der Vorkriegszeit erreicht. Dieser Vorkriegslohn, der bei dem damaligen guten Stande der deutschen Wirtschaft wesentlich höher hätte sein können, ist ein verhältnismäßig schlechter Maßstab. Die Argumentation wäre im Zeitalter der Weltkonkurrenz und des Weltverkehrs eher zu verstehen, wenn das Ausland mit seinen Löhnen in den letzten Jahren bei den Vorkriegslohnstufen stehen geblieben wäre. Tatsache aber ist, daß die Löhne in den meisten bedeutenden europäischen Wirtschaftsländern mit stabiler Währung höher dem deutschen Lohnniveau liegen, von den Lohnverhältnissen in den Vereinigten Staaten von Amerika gar nicht zu reden. Es ist von Arbeitgeberseite behauptet worden, daß die Argumentation der Arbeitnehmer, gute und angemessene Löhne hätten auch eine Hebung der Kaufkraft auf dem Inlandsmarkt zur Folge, ein gefährliches Schlagwort sei. Dem ist aber nicht so. Es handelt sich hier nicht um ein gefährliches Schlagwort, sondern um eine Tatsache. Mit niedrigen Löhnen und Gehältern wird man weder die Sparsamkeit auf der einen, noch die Kaufkraft und damit die Absatzmöglichkeit auf der anderen Seite heben können. Heute ist das Streben, vom Tarifvertrag loszukommen, sehr stark, und wird die mißliche Wirtschaftslage in unzähligen Fällen zum Anlaß genommen, die Lohnsätze zu kürzen.

Wir stehen, entsprechend unserer grundsätzlichen Einstellung, durchaus auf dem Standpunkte, daß der Staat nur dann in die Belange und Streitigkeiten zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer eingreifen soll, wenn die Beteiligten aus eigener Kraft und Verantwortung die Fragen nicht so lösen können, wie es im Interesse des Gesamtvolkes notwendig ist. Demzufolge geben wir ohne weiteres zu, daß freiwillige Vereinbarungen und auch Schlichtungsinstanzen, die von den Beteiligten selbst gebildet sind und Entscheidungen fällen, den Vorzug vor den staatlichen Eingriffen verdienen. Immerhin aber kann das staatliche Schlichtungsweisen nicht entbehrt werden. Auch inbezug auf die Verbindlichkeitsklärung gilt, daß der Staat das Recht haben muß, in das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer einzugreifen.

Den Auslassungen der Arbeitgeber gegenüber, daß sie nicht Gegner der Tarifverträge sind, daß sie nur den Werkartikelforderungen, haben wir folgendes zu sagen: Wir sind keine grundsätzlichen Gegner des Werkartikels, d. h. wir vertreten und fördern ihn dort, wo er nach Lage der Verhältnisse zweckmäßig ist. Das trifft aber nur dort zu, wo es sich um große Betriebe handelt und

der Betrieb nach seinen ganzen Produktionsverhältnissen eine Art Sonderstellung einnimmt. Wir wenden uns aber gegen den Werkartikelforderungen, der von den Arbeitgebern meistens zu prinzipiellen Forderungen erhoben wird und der eine Spitze gegen die Gewerkschaften haben soll.

Von der Werks-gemeinschaft gilt daselbe. Meistens steht hinter dieser Forderung der Wille zur einseitigen Herrschaft im Betrieb durch den Arbeitgeber. Wo es sich aber darum handelt, aus wirklichem Arbeitsgemeinschaftsgeist heraus auf dem Boden gegenseitiger Anerkennung und Gleichberechtigung im Betrieb eine Basis für eine gemeinsame Arbeit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu finden, sind wir nicht nur Anhänger, sondern auch Förderer einer solchen Werks-gemeinschaft. Ablehnen müssen wir Werks-gemeinschaften, die ohne und gegen die Gewerkschaften gebildet werden.

Unter den am meisten gegenwärtig stark hervortretenden sozialpolitischen Gegenwartsfragen nimmt die Arbeitszeitfrage die letzte Stelle ein. Durch die Verhandlungen der Arbeitsminister von Deutschland, England, Frankreich, Belgien und Italien, die kürzlich im Weissen des Direktors des Internationalen Arbeitsamtes in London stattfanden, ist die Arbeitszeitfrage in ein neues Stadium gerückt worden. Es darf erwartet werden, daß die Frage der Ratifikation des Washingtoner Arbeitszeitabkommens dadurch auf eine fortschrittliche Bahn gedrängt worden ist. Wir haben uns bereits früher — wenn auch unter bestimmten Vorbehalten — für eine Ratifikation des Washingtoner Arbeitszeitabkommens erklärt, ebenfalls für eine Ratifikation Deutschlands innerhalb der Internationalen Arbeitsorganisation. Die Stellung der christlichen Gewerkschaften — das gilt sowohl für uns in Deutschland speziell, wie auch für den Internationalen Bund der christlichen Gewerkschaften im allgemeinen — muß allerdings innerhalb der Internationalen Arbeitsorganisation eine bessere Würdigung erfahren.

Die sozialen Fragen haben heute in einem viel stärkeren Ausmaß internationale Zusammenhänge und Auswirkungen als früher. Wir haben den schematischen Achtstundentag nie vertreten. Es entspricht aber der Billigkeit, wenn notwendige Ueberarbeit auch eine entsprechend höhere Bezahlung erfolgt. Im übrigen kann für uns die Lösung nicht lauten: Mehrarbeit, weil wir Reparationen zu leisten haben, sondern Herabsetzung der Reparationen, wenn letztere zu einer Gefahr auch für die sozialen Belange werden. Erst Brot, dann Reparationen.

Von unserer weltanschaulichen Auffassung aus können wir der Meinung, daß die Wirtschaftspolitik, Finanzpolitik usw. den Vorrang vor der Sozialpolitik haben müsse, nicht zustimmen. Die Sozialpolitik muß vom Standpunkte der vollständigen Verbundenheit, des gegenseitigen Einflusses der Menschen untereinander und füreinander, der Liebe, die dem Mitmenschen entgegenzubringen ist, mit der erste Stelle einnehmen. Der Ruf nach Abbau des Reichsarbeitsministeriums, nach Beseitigung des preussischen Wohlfahrtsministeriums, der Entschaffung des Baden bereits früher tätige und Bayern nunmehr tätigen mit dem Abbau der Sozialministerien, haben ihre Ursprung in einer Denkart, die der Sozialpolitik eine Art sekundäre Rolle zubilligt. Weil wir unser Volk und Vaterland lieben, weil wir Frieden und Eintracht nach innen und außen wollen, kämpfen wir für eine Sozialpolitik, die das Gemeinschaftsleben unseres Volkes steigert. Das ist die volkspolitische Aufgabe der Sozialpolitik, da liegt ihre nationale Kraft.

Zum Generalstreik in England.

In dem Augenblick, wo diese Zeilen geschrieben werden, ist Generalstreik in England bereits Tatsache.

Ausgangspunkt dieses Riesenkampfes waren Auseinandersetzungen im englischen Bergbau. Die Gefahr eines Wirtschaftskrieges war schon im Juli vorigen Jahres sehr groß. Nur deshalb, weil Regierung und Parlament sich im letzten Augenblick entschlossen, durch weitgehende staatliche Mittel den schwergefallenen Bergbau zu stützen, war es möglich, den offenen Kampf zu vermeiden. Im Jahre 1921 haben die Bergarbeiter heftig und zäh drei Monate um die Gestalt ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen gerungen. Es ist kein Zufall, daß der Brennpunkt dieser Kämpfe schon dreimal im Bergbau lag. Dem englischen Bergbau geht es tatsächlich schlecht. Gerade in dieser Industrie machen sich die Folgen des Krieges am stärksten bemerkbar. Die englische Kohlenindustrie war auf die gewaltigen Umstellungen, die durch die Ausnutzung von Naturkräften und eine Neugestaltung der Wärmelehre hervorgerufen wurden, am allerwenigsten vorbereitet. Den englischen Bergbau kennzeichnet eine ungezügelmäßige Zerstückelung. Nicht weniger als 2500 Zechen sind in etwa 1400 Betrieben zusammengefaßt. Von diesen Beschäftigten nur rund ein Drittel mehr als 500 Personen, rund die Hälfte beschäftigten weniger als je 100 Personen. Es ist klar, daß der Abbau der Kohle in Kleinbetrieben zum Teil noch mit den primitivsten Mitteln betrieben wird und deshalb die Kleinbetriebe den Kampf mit den technisch hochentwickelten, modern ausgestatteten Großbetrieben nicht aushalten können. Die unausbleibliche Folge dieser Verhältnisse war die Unrentabilität des englischen Bergbaues im ganzen.

Die staatliche Subventionspolitik endete nun am 1. Mai. Die Bergarbeiter, die im Vergleich zu den anderen Berufen in England einen außerordentlich niedrigen Lohn beziehen, sahen keinen anderen Ausweg, als den Kampf aufzunehmen. Ob noch sonstige Möglichkeiten bestanden, läßt sich von hier aus nicht ohne weiteres beurteilen.

Zur Unterstützung dieses Kampfes hat der am vergangenen Samstag tagende außerordentliche Gewerkschaftskongress beschlossen, mit den Stimmen der Vertreter von 3 653 000 Arbeitern gegen die Stimmen der Vertreter von 50 000 Arbeitern, den Generalstreik auszurufen. Schon im Herbst vorigen Jahres beschloß der damals tagende Kongress der Trade Unions, die schon kurz nach dem Kriege geschlossene Alliance zwischen Bergarbeitern, Transportarbeitern und Eisenbahnern herzustellen und dem Generalstreik der Gewerkschaften außerordentlich weitgehende Befugnisse zu übertragen. Diese drei Arbeitergruppen stehen jetzt im Kampfe. Bisher haben Menschen erfaßt sind, läßt sich noch nicht übersehen. Nach einer Meldung des „Vorwärts“ sollen 98% die Parole der Gewerkschaften befolgt haben. Wie dem auch sei, zweifellos handelt es sich hier selbst für England, das doch eine Geschichte durchmachte, die an schweren und schwersten Wirtschaftskriegen

Es gilt unsere Zukunft!

Die Grundlage für eine bessere Zukunft schaffen wir uns in der Gewerkschaft. Daraus stärken wir sie durch Zuführung neuer Mitglieder und durch Entrichtung von höheren als in den Satzungen festgelegten Wochenbeiträgen.

nicht arm war, um einen in diesem Ausmaße bisher noch nicht erlebten Kampf. Vielleicht steht dieser Wirtschaftskrieg in seiner Größe bisher als einzig in der Welt da. Mit allen Mitteln versucht die Regierung die öffentliche Ordnung aufrecht zu erhalten und vor allen Dingen den Verkehr zu bewahren. Wie gemeldet wird, beteiligen sich die Gewerkschaften selbst an der Sicherung der Lebensmittelversorgung.

Wie dieser Kampf ausläuft, wie lange er währt, wieviel Menschen noch in ihn hineingezogen werden, ob staatliche Unruhen ausbrechen, welche internationalen Rückwirkungen zu erwarten sind, ist mit Bestimmtheit noch nicht vorauszusagen. Wie die breitesten Schichten des Volkes diesen Kampf beurteilen, ist ebenfalls noch nicht feststehend. Für England ist es an sich etwas Unglaubliches, daß die in Jahrhunderte langer Tradition geheilte Macht des Parlaments und die daraus hervorgegangene Regierung, durch eine Macht von außen beeinflusst zu werden droht. Dieser Kampf reicht deshalb über die Sphäre des Lohnkrisis hinaus und kann hochpolitische Bedeutung bekommen.

Wie die Auswirkungen auch sein mögen, eines ist sicher, die Wellen dieser ungeheuren Brandung verebben nicht an der englischen Küste. Rückschlüsse sozialer und wirtschaftlicher Art nach der einen oder anderen Seite hin zeigen sich bei der engen Verknüpfung der Welt sehr schnell auch in den anderen Industriestaaten, zeigen sich aber besonders in Deutschland. Der Kampf, dessen gigantische Züge jetzt klarer erkennbar sind, wird, wenn man von allem anderen abstrahiert, für die Gewerkschaften der ganzen Welt eine überragende Bedeutung haben, sein Ausmaß beeinflusst nicht nur das Los der englischen Arbeiter. Das haben die Führer unserer Bergarbeiterverbände klar erkannt. In dem Aufruf vom 5. Mai 1925, der vom alten Bergarbeiterverband, vom Gewerkschaftsrat christlicher Bergarbeiter, von den Hirsch-Dunckerischen und von der Polnischen Berufsvereinigung unterschrieben ist, wird erklärt, daß die englischen Kameraden die volle Sympathie und Unterstützung bei den deutschen Arbeitnehmern finden. Ein Sieg der englischen Unternehmer würde katastrophale Folgen für die Entwicklung des Weltkohlenmarktes sowohl, als auch für die Bergarbeiter aller Länder haben.

Wir kommen in den nächsten Zeiten sicherlich noch öfter auf diese wichtige Angelegenheit zurück.

Beschlüsse des

11. Kongresses der christl. Gewerkschaften

Auf dem Dortmunder Kongreß der christlichen Gewerkschaften wurden zahlreiche Beschlüsse und Entschlüsse gefaßt und angenommen. Wir geben nachstehend einige der wichtigsten wieder. Die Schriftleitung.

Leitfäden über die Stellung der Bewegung zum Staat.

1. Die christlichen Gewerkschaften stehen politisch zu allem, was das deutsche Volk und die deutsche Arbeiterschaft im christlichen und nationalen Sinne vorwärts und aufwärts führt. Daraus ergibt sich die beherrschende Stellung der christlichen Gewerkschaften zum Staat und zu seinen christlich-nationalen Grundlagen. Getreu ihren Grundfäden, lehnen die christlichen Gewerkschaften nach wie vor alle Bestrebungen ab, die auf illegalem Wege eine Veränderung der Staatsform herbeiführen wollen. Höher als die Staatsform steht der Staat selbst in seiner Aufgabe für das Volk.

Staatsbewußtsein und Verantwortung des Volkes in allen Schichten gegenüber dem Staat, sind die besten Voraussetzungen erzieherischen staatlichen Lebens. Diese Voraussetzungen sind nur zu gewinnen, wenn alle Volksschichten Einblick in die Staatsaufgaben und die Staatsführung, sowie Einfluß auf den Staat haben. Die christlichen Gewerkschaften bekennen sich aus diesen Erwägungen zum im christlichen Geiste wirkenden nationalen Volksstaate.

2. Jeder bestimmende oder mitbestimmende Einfluß des Volkes auf den Staat hat politische Parteien zur Folge. Auf den Parteien lastet im parlamentarisch regierten Staat letzten Endes die politische Verantwortung.

Das gegenwärtige deutsche parlamentarische Regierungssystem kann als vollkommen nicht angefaßt werden. Verfassungsänderungen und Gesetze allein reichen aber nicht aus, einen besseren Zustand zu begründen. Wesentlich ist hier zu eine geistige und politische Umstellung des einzelnen Deutschen und des ganzen Volkes.

3. Sinn des parlamentarischen Regierungssystems ist, daß die Parteien oder Parteigruppierungen, die die Mehrheit darstellen, mit der Staatsführung betraut werden.

Bestand, Ziele und Aufgaben der christlichen Gewerkschaften können nicht abhängig sein von wechselnden parlamentarischen Koalitionen. Unter jeder Regierung, wie immer sie sich auch zusammensetzt, haben die christlichen Gewerkschaften die ihnen eigenen Aufgaben zu erfüllen und den einmal als notwendig erkannten Zielen zuzustreben. Pflicht der aus der christlich-nationalen Arbeiterbewegung hervorgegangenen Abgeordneten ist es, bei jedweder parlamentarischen Koalition die Rechte der Arbeiterschaft zu wahren und für die gleichberechtigte Eingliederung der Arbeiterschaft in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft zu sorgen.

4. Mit der Mitgliedschaft in einer christlichen Gewerkschaft ist die Teilnahme an Bestrebungen, die gegen die Grundfäden der christlichen Gewerkschaftsbewegung verstoßen, unvereinbar.

5. Die christlichen Gewerkschaften sind eine weltanschaulich und organisatorisch geschlossene Gemeinschaft. Nur in dieser Geschlossenheit können sie ihre ständes- und volkspolitischen Ziele erreichen. Alle Bestrebungen von außen, die diese Geschlossenheit gefährden und die darauf hinausgehen, sich der organisatorischen Macht der christlich-nationalen Arbeiterschaft zu parteipolitischen Zwecken zu bedienen, werden abgelehnt.

Reparationszahlungen.

Der 11. Kongreß der christlichen Gewerkschaften stellt fest, daß die Wirtschaftspolitik, die einzelne Gläubigerstaaten gegenüber Deutschland praktisch treiben, mit dem Geiste des Londoner Abkommens und dem Dawes-Plan im striktesten Gegensatz steht. Selbst der Generalagent für Reparationszahlungen hat diese Tatsache in seinem Bericht vom 30. November 1925 hervorgehoben und ernste Mahnungen ausgesprochen.

Wenn die Gläubigerländer sich weiter gegen die deutsche Ausfuhr mit Einfuhrverboten und Prohibitivzöllen sperren, das Niederlassungsrecht den deutschen Firmen nicht zuerkennen und deutschen Kaufleuten den Eintritt in ihr Land unsäglich erschweren oder gar verwehren, kann die deutsche Ausfuhr nicht den Umfang erreichen, der nötig wäre und bei den Verhandlungen angenommen wurde, um die Zahlungen nach dem Dawes-Plan zu leisten.

Der Kongreß weist im übrigen ausdrücklich darauf hin, daß Frieden, Vertrag und Londoner Abkommen den deutschen Arbeitnehmern eine schuldige Lebenshaltung wie den Arbeitnehmern der alliierten und angrenzenden Länder zuerkennen. Diese haben sie nicht.

Die deutschen Arbeitnehmer können daher mit Recht verlangen, daß die Gläubigerstaaten nicht Maßnahmen ergreifen

oder aufrechterhalten, die ihnen die Erlangung eines angemessenen Reallohnes und einer entsprechenden Arbeitszeit unmöglich machen. Deutschland große Leistungen an fremde Staaten aufzuerlegen und dasselbe Deutschland gleichzeitig künstlich in der Wirtschaft niederhalten zu wollen, ist eine offene zutage liegende Unmöglichkeit.

Unternehmer und Arbeiter.

Aus nationalen, kulturellen und wirtschaftlichen Gründen ist eine bessere Ordnung des Verhältnisses zwischen den Unternehmern und Arbeitern notwendig. Sie ist nur möglich, wenn beide die rechte grundsätzliche und praktische Einstellung zueinander finden. Unter Ablehnung des Klassenkampfes von oben und unten bei grundsätzlicher und praktischer gegenseitiger Anerkennung der Existenzberechtigung und der Gleichberechtigung müssen beide vom Geist einer gerechten Einstellung zueinander getragen sein. Ein inneres Bekenntnis zur Volksgemeinschaft und Gewerksolidarität, innere Ehrlichkeit zueinander, sind die Vorbedingungen für eine vertrauensvolle und für unser Volk, unser Gewerbe, unsere Wirtschaft erfolgreiche Zusammenarbeit. Der eine muß in dem anderen den Menschen, den Volksgenossen, den notwendigen, unentbehrlichen Mitarbeiter sehen, ihn als solchen achten und behandeln. Alle müssen sich der Tatsache bewußt sein, daß eine gemeinsame Fürsorge für das Gewerbe, den Betrieb, die Produktion, notwendig ist.

Jeder Arbeiter muß sich am Wohlergehen seines Gewerbes und seines Betriebes interessiert zeigen und sich mit allen Kräften bemühen, sie zu fördern. Ihren Betrieb müssen sie gut ausbauen, möglichst produktiv und rentabel zu gestalten suchen.

Die Unternehmer aber müssen eine gute Behandlung der Arbeiter auf dem Boden der Gleichberechtigung als selbstverständlich ansehen. Ehrlich und aufrichtig müssen sie die Interessenvertretung der Arbeiter, die Gewerkschaften, achten. Sie dürfen sie weder direkt noch indirekt bekämpfen. Mit ihnen müssen sie die notwendigen Tarife abschließen und diese vertragsgemäß durchführen. Auch das Recht der Arbeiter, ihre Interessen im Betriebe persönlich und durch ihre Betriebsvertretung zu wahren, ist grundsätzlich und praktisch anzuerkennen. Man muß ihnen auch das Recht zuerkennen, in die Betriebswirtschaft hineinzusehen, muß sie am Betrieb und seinen Ergebnissen interessieren und ihre Anregungen zu Verbesserungen gerne annehmen. Die Löhne müssen so hoch sein, daß sie den Arbeitern eine mindestens menschenwürdige und möglichst eine höhere Lebenshaltung ermöglichen. Die Gewährung von ausreichendem Erholungsurlaub muß heute als selbstverständlich angesehen werden. Die Leitung der Betriebe hat in der rechten Form und unter Berücksichtigung der berechtigten Gefühle der Arbeiter zu erfolgen.

Trotz besten Willens von beiden Seiten verbleibende Differenzen sind in einer Form auszutragen, daß dadurch die notwendige Zusammenarbeit nicht unmöglich gemacht wird. Jeder muß grundsätzlich dem anderen das Recht zuerkennen, seine Interessen energisch zu vertreten. Einigungs- und Schlichtungsinstanzen und deren grundsätzliche und praktische Anerkennung sind dringend notwendig.

(Schluß folgt.)

Erst säen — dann ernten! Ein Brief — an den, den es angeht.

Mein lieber Kollege!
Du gabst mir in unserer kürzlichen Unterhaltung recht, als ich von den Erfolgen unserer gewerkschaftlichen Arbeit der letzten Jahre sprach. Sicher können wir das, was wir seit dem wirtschaftlichen Zusammenbruch 1923 sowohl auf allgemeinem wirtschaftlichem, als auch auf speziell sozialpolitischem Gebiete durch unsere Tätigkeit erreicht haben, als beachtlichen Erfolg buchen. Sicher können wir aber ebenso als erzieherisch bezeichnend die Erfolge, die wir insbesondere in der Wiederbelebung und — Befestigung des Gewerkschaftsgedankens in der Arbeiterschaft erzielt haben. Der prophezeite Zusammenbruch der Gewerkschaften ist nicht eingetreten, und gerade unsere christlichen Gewerkschaften sind bezeichnenderweise bei weitem nicht in dem Maße von dem 1923/24 eingetretenen Mitgliederrückgang betroffen worden, wie die freigewerkschaftlichen Organisationen.

Du nanntest mit Recht diese erfreuliche Tatsache einen Beweis für die Berechtigung unserer Bewegung und die innere Wahrheit unserer Ideen, und zugleich einen Erfolg unserer neu aufgenommenen allgemein gewerkschaftlichen Aufklärungs- und Schulungsarbeit, der ebenso in dieser Tatsache sich zeigt.

Umjomehr hat mich, offen gestanden, Deine gegenwärtige Meinung gewundert, als ich darauf hinwies, daß uns gerade diese gewerkschaftliche Aufklärungsarbeit gegenwärtig ganz besonders der Frage der Beitragssteigerung zuzuwenden, und ich darf, da wir leider keine Gelegenheit hatten, darüber unsere Unterhaltung fortzuführen, heute dazu noch einige Ausführungen machen. Ich lege dabei voran, daß Du die Artikel „Verbandsbeitrag und Verbandsunterstützung“ und „Wählt höhere Beitragsklassen“ in Nr. 17 und 18 unserer Textilarbeiter-Zeitung gelesen hast.

Du meinst, daß die gegenwärtige Zeit mit ihrer schlechten Wirtschaftslage — die eher Arbeitgeberforderungen nach Lohnabbau, als die Möglichkeit baldiger weiterer Lohnsteigerungen brächte — nicht dazu geeignet sei, bei der Kollegenchaft Beitragssteigerungen zu erzielen. — Sicher verkenne ich die für einen großen Teil der Kollegenchaft durch unzulängliche Löhne und den Rückgang der Beschäftigung besonders schwierige wirtschaftliche Lage nicht. Und doch kann ich Dir nicht zustimmen, etwa erst eine Besserung der allgemein mäßigen Verhältnisse abzuwarten, ehe wir an die notwendige Beitragssteigerung gehen. Nicht erst bessere Löhne und damit höhere Beiträge, kann der gewerkschaftliche Grundfaden sein, sondern Steigerung der Beiträge als Voraussetzung zum Erlangen weiterer Lohnverbesserungen! — Nicht allein darum, weil die finanzielle Schlagkraft der Organisation notwendig für jede erfolgreiche Lohnbewegung ist — sondern weil auch vom Standpunkt der Mitglieder selbst die Höhe der durchgeführten Beiträge für jede Bewegung von außerordentlicher Bedeutung ist. Was nützt letzten Endes selbst ein starkes Verbandsvermögen, wenn die Organisation deswegen keine Bewegung durchführen kann, weil der Beitrag der betreffenden Arbeitergruppe so niedrig und deshalb die darnach bemessene Kampfunterstützung so unzulänglich ist, daß eben ein eventueller Kampf schon an dieser Unzulänglichkeit scheitern müßte!

Gewerkschaftliche Kämpfe können nur dort durchgeführt werden, wo nicht nur das Vermögen des Verbandes stark genug, sondern vor allem auch die Beiträge der Mitglieder entsprechend hoch genug sind, sodaß die als einzige Existenz-Quelle der Mitglieder in Betracht kommende Unterstützung hoch genug ist, wirklich davon leben, und deshalb einen Kampf aufnehmen und durchhalten zu können. Die großen gewerkschaftlichen Kämpfe und Erfolge jener Berufsgruppen, die schon in der Vorkriegszeit sich besonders günstige Lohnbedingungen schufen (Buchdrucker) bestätigen das. Gesteigerte Beiträge waren ihnen die Voraussetzung für ihre Erfolge! Mit allem Nachdruck müssen wir das in unserer Aufklärungsarbeit bei der Kollegenchaft betonen, um weiter auch der immer wiederkehrenden irrigen Ansicht der Mitglieder zu steuern, als ob die Beiträge überhaupt etwa die Bezahlung unserer allgemeinen gewerkschaftlichen Arbeit seien! Gewerkschaftsarbeit kann nicht bezahlt werden — und eine solche Auffassung zeigt gerade, wie oft von den Mitgliedern die Beitragsfrage von der falschen Seite aus betrachtet, und wie oft auch da entsprechende Aufklärung tut. Auch da müssen wir uns klar werden, darüber klar werden, daß höhere Beiträge eben nicht das Ergebnis, sondern die Voraussetzung all unserer gewerkschaftlichen Arbeit und Erfolge sind, ohne die keine Erfolge möglich sind!

Es ist deshalb nicht nur Verletzung der Beitragspflicht gegen die Organisation, wenn laue Mitglieder ihren Pflichtbeitrag nicht leisten, nicht nur Verstoß gegen die Verbandsstatuten — sondern (im selben Sinne wie die Beitragsverweigerung der Unorganisierten) Mißachtung unseres ganzen beruflichen Normarbeitsrechts und Nichtachtung jeglicher beruflichen Solidarität und Kollegialität! — Schädigung unserer Standes- und Berufsinteressen! — Müßt Du mir — lieber Kollege — bei ruhigem Durchdenken dieser Fragen darin nicht zustimmen?

Und zum Schluß noch eins: Sollen und können wir dann mit der zu erstrebenden Beitragssteigerung noch warten bis später — bis auf bessere Zeiten — die wir uns doch zum gut Teil selber schaffen müssen? Siehe das nicht, sich an ein brachliegendes Ackerfeld stellen und mit der Aussaat warten, um erst einmal zuzusehen, ob es sich lohnen wird — bis schließlich, ohne Ernte der Sommer da und es zur Saat zu spät ist?

Erst säen, dann ernten, muß unsere Parole sein, und jeder sei ein Säemann mit uns! Wer nicht mit uns säen, und doch unsere Ernte dann mit teilen will, ist ein Dieb an unserer Saat und Ernte!

Werden wir uns darum klar über das eigentliche Wesen des Verbandsbeitrages als Voraussetzung für bessere Arbeitsbedingungen und -verhältnisse, die wir uns selbst schaffen müssen. Und in dieser Erkenntnis dann festlich und unverzagt ans Werk!

Wer sich vom Beitrag drückt!

Die Zeiten, in denen der Arbeiter einer Sicherung seiner Existenz bedarf, weil er wegen Erwerbsunfähigkeit seinem Berufe nicht nachgehen oder wegen Arbeitsmangel seine Arbeitskraft nicht verkaufen kann, stehen an Bedeutung der Vorsorge des Kampfes für die Gestaltung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen weit zurück. Hier liegt der Kern der Sache. Warum? Wir wollen unsere Lebenshaltung bessern. Wir brauchen einen Lohn, der uns Rücklagen für schlechte Zeiten, für das Alter ermöglicht. Wir müssen einen Preis für unsere Arbeitskraft haben, der uns ein menschenwürdiges Dasein sichert. Davon sind wir noch weit entfernt. Wie sieht es mit der Erreichung dieses Zieles auf dem Arbeitsmarkte aus?

Nehmen wir an, die Arbeiter stellen eine Lohnforderung, das heißt, sie erklären, daß sie ihre Arbeitskraft von dem Tage der Forderung an nur noch zu einem neuen Preise verkaufen werden. Die Unternehmer lehnen dieses ab. Sie erklären, der geforderte Preis sei zu hoch. Wird der Beweis für diese Behauptung nicht erbracht, müssen die Arbeiter in der Lage sein, sagen zu können, wenn die Arbeitgeber den Preis nicht bezahlen wollen, dann verkaufen wir unsere Arbeitskraft nicht. Mit andern Worten bedeutet das, die Arbeiter kündigen und treten in den Streik. Damit ziehen sie ihr Angebot zurück und verkaufen ihre Arbeitskraft nicht. Nun ist aber der Lohn die einzige Einnahmequelle des Arbeiters. Soll darum ein Streik mit Erfolg durchgeführt werden, so muß eine Reserve da sein, die den Arbeiter in die Lage versetzt, über diese Kampfzeit hinweg leben zu können. Er muß in der Lage sein, sein Angebot an Arbeitskraft solange zurückzubehalten, bis auf Unternehmerseite die Nachfrage so dringend wird, daß sie den geforderten Preis gerne bezahlt. Je höher die Reserve, desto länger kann der Arbeiter standhalten.

Nehmen wir ein Beispiel an. Ein Kollege mit zwei Kindern unter 14 Jahren, der fünf Jahre dem Verbande angehört, erhält bei einer Beitragsleistung von M. 1.10 eine wöchentliche Streikunterstützung von M. 28.80. Dieses Mitglied kann ruhig einem Kampfe entgegengehen, und es wird ihn auch solange aushalten wie es erforderlich ist. Es wird ihm auch garnicht einfallen, ein Angebot des Arbeitgebers anzunehmen, das nur ein paar Mark höher liegt als seine Reserve. Das beweist, daß eine gute Rücklage beim Verband das allerbeste Mittel ist, um einen erfolgreichen Kampf gegen das Unternehmertum bestehen zu können. Die Forderung, hohe Beiträge zu zahlen, gilt für alle. Alle Arbeiter müssen in der Lage sein, auf Grund der Streikunterstützung ihre Arbeitskraft lange Zeit nicht zum Markte tragen zu brauchen. Dann ist der Erfolg sicher, und der Unternehmer kann nicht mehr wie früher sagen, ich brauche euch nicht, ich bekomme billigere Arbeitskräfte.

Wer sich vom Beitrag drückt und darum eine niedrige Unterstützung erhält, der wird bald seine Waffen strecken müssen, weil ihm sein Einkommen fehlt, von dem er leben muß, und er keine Reserve hat. Was bedeutet dies aber? Dieses Mitglied wird gezwungen sein, Arbeit anzunehmen ehe der Kampf erledigt ist und fällt somit den andern Kollegen in den Rücken. Durch seine mangelnde Umsicht und Vorsorge stärkt er die Position der Arbeitgeber und unter-

Voraussetzungen für jeden Erfolg

in der Gewerkschaftsbewegung ist die Stärkung des Verbandes durch Zuführung neuer Mitglieder und durch Zahlung angemessener Beiträge.

gräbt das zielbewusste Streben jener, die vorgebaut haben.

Den Schluß aus diesem Beispiel zu ziehen ist nicht schwer. Unser Streben muß davon ausgehen, durch Zahlung hoher Beiträge uns bei der Organisation eine Reserve zu schaffen, damit wir in die Lage versetzt werden, auf dem Arbeitsmarkte das Gleichgewicht der Kräfte zu erzielen, um für die Zeiten des Kampfes die sonst dringliche Nachfrage nach Arbeit zurückhalten zu können. Dadurch sind wir in der Lage, einen höheren Preis für unsere Arbeitskraft zu erzwingen. Wer den Sinn und die Aufgabe des Verbandes erfasst, dem ist das eine Selbstverständlichkeit. Wer sich drückt und glaubt, mit niedrigen Beiträgen auskommen zu können, der schädigt sich selbst, hemmt das Vormarschstreben seiner Arbeitskollegen und steht darum dem Unternehmerlager näher als dem Arbeiter. Wer die Notwendigkeit der Verbandskassen vernimmt, gibt zu, daß er seine Arbeitskraft und seine Person geringer schätzt als die Pfennige, die er augenblicklich erhält.

Das zur Sachlage des Arbeitsmarktes. Dabei wird bloß die materielle Seite einer Prüfung unterzogen. Zum Schluß sei daran erinnert, daß für die Arbeiterschaft auch eine Unmenge ideeller Werte zu erringen sind. Es sei nur erinnert an die wirkliche Gleichberechtigung des Arbeiterstandes, an unser Mitbestimmungsrecht in der Wirtschaft, an kurze Arbeitszeit, an die Umwandlung der bestehenden Wirtschaft- und Gesellschaftsordnung. Kein Sieg ohne Kampf. Darum sei unsere Parole, wir wollen uns rüsten, damit wir den Stand der Arbeitnehmer dem Rechte entgegenführen können. Wer nicht mit uns ist, ist wider uns, und wer am Beitrag spart, stärkt das Lager der Unternehmer.

Zahlen wir darum hohe Beiträge, damit wir dem Maße Wahrheit und Geltung verschaffen, den der verstorbene Nationalökonom Bensch S. J. als Leitwort für sein Lebenswerk aufgestellt hat:

Entzündet rings um den Bergen weit
Das flammende Feuerzeichen der Zeit:
Gerechtigkeit!

Belegung des Wohnungsbaues.

Auslandsanleihe oder nicht?

Bei der Erörterung, wie die Wohnungsbautätigkeit in Gang gebracht werden kann, spielt die Frage eine große Rolle, ob eine Anleihe für diesen Zweck aufgenommen werden soll. Man ist sich klar darüber, daß in den 700 Millionen Mark, die aus der Hauszinssteuer zur Verfügung stehen, die Wohnungsnot nicht gehindert werden kann, ja, daß kaum der Ausfall an Wohnungen und der notwendige Bedarf für Jungverheiratete gedeckt werden kann. Man muß sich nun darüber klar werden, will man die Wohnungsnot bereinigen, vielleicht sie sogar zu einer Katastrophe treiben, oder will man zu einem außergewöhnlichen Mittel greifen: das wäre die Auslandsanleihe. Weite Kreise stehen auf dem Standpunkt, daß man zu diesem Mittel greifen muß, um endlich vorwärts zu kommen mit dem Wohnungsneubau, daß es auch berechtigt ist, die jetzige Generation nicht alleine die Mittel aufbringen zu lassen, sondern daß durch die Verzinsung und Amortisation der Anleihe auch die künftige Generation dazu beitragen müsse, die ja auch den Vorteil genießt.

Interessentenkreise aus Industrie, Handel und Landwirtschaft laufen gegen diesen Plan Sturm. Sie behaupten, Geld im Wohnungsneubau anzulegen, sei unproduktiv. Produktiv könne es nur angelegt werden für industrielle und landwirtschaftliche Zwecke. Man geht sogar so weit, wie z. B. das "Magazin für Wirtschaft" vom 28. Januar, zu behaupten, daß Wohnungsneubau in gegenwärtiger Zeit zu den unerwünschtesten Arten wirtschaftlicher Betätigung gehören. "Brot sei heute viel wichtiger als Wohnung. Das Geld im Wohnungsneubau bringe nur einmalig Arbeit und Verdienst, das selbe Geld verwandt in jener industriellen und agrarischen Rationalisierung erziele dieselbe Wirkung dauernd. Großmützig erklärt das "Magazin", es möchte zwar nicht dazu rufen, das Bauen zu verbieten, aber jede künstliche Anregung der Bautätigkeit durch Kapitalzuwendungen aus öffentlicher Hand und gar mit besonders verbilligten Zinsfäßen ist eine offenkundige Fehlpolitik." Auch im "Berliner Tageblatt" vom 13. Februar entwickelt Dr. Pinner ähnliche Gedanken. Er gibt zwar zu, daß der Plan geeignet sei, der sehr bitter empfundenen Wohnungsnot schneller abzuwehren, er wäre jedoch höchst bedenklich. Wenn auch zugegeben werde, daß die Bauindustrie Schlüsselindustrie sei, deren Belegung auch vielen übrigen Industrien Beschäftigung gebe, so bleibe das im Wohnungsneubau investierte Kapital Konsumkapital. Auslandsanleihen dürften aber nur für Produktionskapital aufgenommen werden und zwar so, daß dieses Produktionskapital die Exportfähigkeit der deutschen Wirtschaft erhöhe.

Diese Argumente haben etwas Bestechendes an sich, sind unseres Erachtens aber doch abwegig. Zugegeben wird also, daß die Bautätigkeit schneller in Gang gebracht werden kann. Damit gewinnt unser gesamtes Wirtschaftsleben, damit gehen wir Arbeitern und Angestellten der Industrie Arbeit und Brot, damit haben wir die Konsumtionskraft, was sich wiederum bei der gesamten Industrie auswirkt. Damit sparen wir Millionen an Arbeitslosenunterstützung, die man gewiß nicht als produktiv ansprechen kann. Also insofern ist das Geld produktiv angelegt.

Mit dem Wohnungsneubau beseitigen wir die Wohnungsnot. Damit helfen wir Lungenerkrankten, Geschlechtskranken, Siechen, damit haben wir die Geburtenziffer, drücken die Sterblichkeitsziffer, damit gewinnt das Volk also körperlich, geistig und moralisch. Es scheint doch, daß das Geld nach dieser Richtung, besonders wenn man an die künftige Generation denkt, produktiv angelegt ist. Oder hält man es für produktiver, Geld auszugeben zur Bekämpfung der ansteckenden Krankheit, für Verschickung der Kinder, für Spiel und Sport, um, wie man sagt, das Volk zu ertüchtigen? Ohne gesunde Wohnungen schöpft man in ein Gefäß mit leerem Boden.

Noch ein anderes: Gesunde Wohnungen sind die Vorbedingungen für einen gesunden, leistungsfähigen, opferfreudigen Arbeiterstand. Ohne diesen bleiben die Fabriken und Maschinen unproduktiv. Dr. Pinner will die Exportfähigkeit der deutschen Wirtschaft erhöht wissen. Sind dazu nicht Qualitätsarbeiter notwendig? Oder glaubt man mit dem Bau von Fabriken, mit dem Hineinstellen der toten Maschinen, mit dem Bau von Ställen und Scheunen auf dem Lande schon den Export zu heben? Zur Bedienung der Maschinen gehören lebendige Menschen, und ebenso braucht man zur Erzeugung der landwirtschaftlichen Produkte neben den Gebäuden und Maschinen Menschen mit körperlicher und geistiger Frische. Mit Wohnungslosen oder in dampfen oder engen Wohnungen zusammengepferchten Menschen verschiedenen Geschlechts, mit Menschen, die sich nach anderen Wohnungen wie nach einer Erlösung sehnen, die im Laufe der Zeit gemürrt werden, ja, die dem Elend, der Krankheit oder gar dem Verbrechen anheimzufallen, wird man eine Belegung der In-

dustrie und Landwirtschaft nicht herbeiführen. Man scheint in unserer Produktion immer noch die Menschen zu vergessen, sonst könnte man nicht beim Wohnungsneubau von einer unproduktiven Tätigkeit reden. Zudem ist es nicht richtig, daß das in Industrie und Landwirtschaft hineingesteckte Kapital seine Wirkung dauernd ausübt. Auch in den Boden muß man alljährlich neues Kapital in Form von Dünger, Saat und menschlicher Arbeitskraft stecken, und auch die Maschinen müssen unterhalten und von Zeit zu Zeit erneuert werden. Hinzu kommt, daß Maschinen verschleifen und nach ihrer Amortisation zum alten Eisen geworfen werden, während Wohnungen nach der Amortisation als Wirtschaftsgut übrig bleiben.

Deshalb ist es nicht nur zu verantworten, Auslandskapital zum Bau von Wohnungen heranzuziehen, sondern es ist geradezu eine Pflicht. Es wäre zu bedauern, wenn die Regierung den als notwendig erkannten Weg wieder verlassen würde, und wenn die Parteien, denen doch das Wohl des gesamten Volkes am Herzen liegen muß, den Schrei einiger Weniger, die nur das Interesse ihres Geldbeutels, aber nicht das Wohl ihrer Mitmenschen im Auge haben, nachgeben würden. Inzwischen müßte die Bauperiode vorübergehen, die Wohnungsnot steigen und das Volk in Not und Elend verkommen. Und damit wahrscheinlich auch unsere Wirtschaft. Jof. Treffert, Berlin.

Gedanken zum Problem der Frauenarbeit.

(Schluß.)

II. Teil: Die Rückwirkung der Fabrikarbeit auf das Familienleben.

Selbst bei bestem Willen kann eine erwerbstätige Frau ihren vielseitigen Pflichten innerhalb der Familie nicht voll gerecht werden. Es fehlt ihr eben an Zeit und Kraft. In der Wohnung wird das Allernotwendigste gemacht. Von Behaglichkeit ist wenig, fast nichts zu finden. Alle Arbeit geschieht in Hast. Mit Hast wird auch die Nahrung zubereitet und auch oft gegessen. Manchmal gleicht das Essen mehr einem Verschlingen der Speisen, besonders des Mittags, wenn die Zeit recht knapp ist. Gerührt wird, was schnell geht und möglichst wenig Arbeit verursacht. Daher stellt sich dieses Essen oft verhältnismäßig teuer. Es entbehrt aber auch der Abwechslung. Wo Mann und Frau in die Fabrik gehen, gibt gewöhnlich der Mann nur Kostgeld ab. (?) Sehr eingebürgert hat sich auch bei den erwachsenen Kindern das "Kostgeld geben". Und wenn man sich dann diese Familien genau betrachtet, so findet man tatsächlich, daß die anfängliche geschlossene Liebesgemeinschaft sich immer mehr zur einfachen Zweckgemeinschaft umgebildet hat. Die Familienmitglieder wohnen, essen und schlafen wohl noch unter einem Dache zusammen, aber feilsch wissen sie nur noch wenig voneinander, noch sind sie einander feilsch etwas. Der Mann hat seine eigenen Interessen, die heranwachsenden Kinder haben ihre Freunde oder Freundinnen, mit denen sie die freie Zeit verbringen, daheim ist es ungemütlich. Da kann sich ja die arme Mutter neben ihrer Fabrikarbeit auch zu Hause noch richtig abrackern, damit nur die übrigen Familienmitglieder in der Wäsche, Kleidung und mit Essen versorgt werden. Nun wenden sich noch manche Frauen, daß der Mann so viel außerhalb des Hauses ist, die Kinder ihnen fremd werden. Das ist leider eine ganz logische Folgeerscheinung der außerhäuslichen Arbeit der Gattin und Mutter.

Sind die Kinder noch klein, so müssen sie durch die Fabrikarbeit der Mutter; wenn diese nicht Verwandte im Haus hat, tagsüber in fremde Pflege gegeben werden. Die Kleinsten können Mutterliebe und Mutterpflege noch viel weniger entbehren. Die Säuglinge können garnicht oder nur unregelmäßig gestillt werden. Zur sorgfältigen Vorbereitung der künstlichen Nahrung fehlen oft die Kenntnisse und Zeit. In Wäulen/S. ist festgestellt worden, daß mit der Zunahme der Fabriken die Säuglingssterblichkeit gestiegen ist. In den englischen Gartenstädten, wo die Arbeiterfrauen nicht berufstätig sind, ist die Säuglingssterblichkeit fast ganz verschwunden.

Betrachten wir nun einmal die gesundheitlichen und seelischen Schäden, die durch die Fabrikarbeit der verheirateten Frau ihr selbst und der ganzen Familie zugefügt werden. Wir kommen dann zu dem Schluß, daß ihre paar Pfennige Verdienst damit in keinem Einklang zu bringen sind. Ganz besonders die Vernachlässigung der Pflege und Erziehung der Kinder rächt sich in späteren Jahren bitter an den Eltern selbst. Dies mögen vor allen Dingen die Mütter einmal erwägen.

Es wäre nun furchtbar, sich hilflos und machtlos einer Entwicklung überlassen zu müssen, die fortgesetzt die Familie zerstört. Da sind es wiederum unsere christlichen Gewerkschaften, die auffordern zur Selbsthilfe. Nicht auf andere Kreise können wir hinblicken, ob Hilfe kommt. Selbst müssen wir Hand ans Werk legen und suchen in unserem Sinne gestaltend auf das Wirtschaftsleben und in der Sozialgesetzgebung zu wirken. Die Voraussetzungen für ein glückliches Familienleben müssen geschaffen werden. Das sind:

- Ausreichende Löhne, den heutigen wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnissen entsprechend.
 - Schaffung von menschenwürdigen Wohnstätten für die Arbeiterfamilien.
 - Gründliche, umfassende hauswirtschaftliche Ausbildung der weiblichen Jugend.
 - Ausbau der Sozialgesetzgebung, soziale Erleichterungen für kinderreiche Familien.
 - Für die im Betrieb tätigen Frauen und Mädchen weitgehenden Schutz.
- Die Familie, das Heim, muß eine neue Bedeutung gewinnen. Bischof v. Rettler schreibt: Die Familie ist die erste und wichtigste Stufe im ganzen gesellschaftlichen Organismus der Menschheit. Alles, was die Familie schädigt, schädigt den Menschen an tiefsten. Denn innerhalb ihrer schützenden Grenzen wird die Kulturarbeit an einzelnen Menschen und damit am ganzen Menschengeschlecht erreicht.
- Und die Mutter ist es, die bei dieser Aufgabe die erste Stelle einnimmt.

Lohn- und Arbeitsstreitigkeiten.

Tarifkündigung in der Textilindustrie.

Die Arbeitgeberorganisation der nord- und südbayerischen Textil-Industrie hat den bestehenden Tarifvertrag zum 8. Mai gekündigt. Trotz der großen Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit verlangt die Arbeitgeberorganisation einen empfindlichen Lohnabbau und sonstige wesentliche Verschlechterungen im Tarif. Die christlich organisierten Textilarbeiter nahmen zu diesen harten und ungerechten Forderungen Stellung, die in folgender, einstimmig gefaßter Entschließung niedergelegt wurde.

Entschließung:

Die außerordentlich stark besuchte Mitgliederversammlung des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter, Ortsgruppe Bamberg, nimmt mit höchster Entrüstung Kenntnis von der Kündigung des Lohnvertrages durch den Verband süddeutscher Textilarbeiter mit dem unerhörten Antrag auf erhebliche Herabsetzung der Tariflöhne und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Die zur Zeit ganz unzureichenden Löhne müssen

erhöht werden, um eine halbwegs menschenwürdige Lebenshaltung zu ermöglichen und die Kaufkraft der breiten Arbeiterschichten zu stärken. Nur durch eine Hebung der Kaufkraft ist die Absatzkrise auf dem deutschen Markte und die Arbeitslosigkeit zu überwinden. Die Versammlung erucht die Arbeiterschaft, in einmütiger Geschlossenheit und durch Stärkung der Kampfmittel den Anschlag auf die bestehenden Tariflöhne abzuwehren. Die Bezirksleitung des christlichen Textilarbeiterverbandes wird erucht, mit allen gesetzlichen Mitteln dahin zu wirken, daß die im Oktober 1925 geforderten Löhne tariflich festgelegt werden, die das Mindestmaß des zur Lebenshaltung notwendigen darstellen.

Berichtigung.

In der Nr. 19 unseres Verbandsorgans ist unter: Für die rechtsrheinische Textilindustrie als letzter Satz folgendes zu lesen:

"Die uns soeben mitgeteilt wird, haben die Arbeitgeber den Schiedsspruch abgelehnt."

Diese Mitteilung ist irrig. Arbeitgeber und Arbeitnehmer haben den Schiedsspruch für die rechtsrheinische Textilindustrie angenommen. Dagegen haben die Arbeitnehmer den Schiedsspruch für die westfälische Textilindustrie abgelehnt.

Allgemeine Rundschau.

Die Genossenschafts-Zigarrenfabrik in Radenkirchen

Die Genossenschafts-Zigarrenfabrik in Radenkirchen wurde am 26. Mai 1901 gegründet. Die Ursache ihrer Gründung war ein mehrmonatlicher Kampf, der sich damals zwischen dem eben gegründeten christlichen Tabakarbeiterverband und den Radenkirchener Zigarrenfabrikanten abspielte. Obwohl der Kampf mit einem kleinen Erfolg für die Arbeiter endete, wurde ein Teil der führenden Verbandsmitglieder nicht mehr eingestellt. Um diese Opfer des Kampfes unterzubringen, wurde die Genossenschafts-Zigarrenfabrik gegründet. Die Fabrikation war zunächst in gemieteten Räumen untergebracht. Aber schon im Jahre 1904 konnte ein eigenes Fabrikgebäude bezogen werden. Vor Ausbruch des Krieges beschäftigte die Genossenschaft, die sich auch finanziell immer mehr gekräftigt hatte, 75 Arbeiter und Angestellte. Der Ruheinbruch und seine für das besetzte Gebiet schlimmen Folgen führten zur Stilllegung der Fabrikation. Als letztere nach Beendigung des Ruhekampfes wieder aufgenommen werden sollte, fehlte hierfür das Betriebskapital. Um die Verbindung mit der neutralen Konsumvereinsbewegung in enge Verbindung zu bringen, wurde das Fabrikgebäude nebst Inventar an die "Gepag" in Düsseldorf-Reisholz verkauft. Letztere gründete mit einigen Berufsverbänden der christlichen Gewerkschaften unter dem Namen "Gepag-Zigarrenfabrik" eine neue Genossenschaft. Diese nahm am 4. Januar 1926 die Fabrikation auf. Heute beschäftigt die neue Genossenschaft bereits 80 Arbeiter und Angestellte. Diese stellen wöchentlich über 90000 Zigarren her. Die Eigenproduktion könnte noch bedeutend erweitert werden, wenn die Genossenschaft bei den christlich organisierten Arbeitern die nötige Unterstützung fände. Hierzu aufgefordert zu haben, soll der Zweck dieser Zeilen sein. Gepag-Zigarren sind in allen dem Reichsverband deutscher Konsumvereine angeschlossenen Konsumgenossenschaften erhältlich.

Wieviel Räume bewohnt der Arbeiter?

Es bedarf keiner Frage, daß die Wohnung der Gradmesser ist für den Lebensstandard eines Standes. Wie es in dieser Beziehung in den einzelnen Ländern aussieht, zeigt folgende Statistik. Eine Arbeiterfamilie von vier Köpfen bewohnt durchschnittlich Räume in

	Deutschland	Frankreich	England	Ver. Staaten
1900:	1,9	4,0	4,2	6,0
1925:	1,4	2,5	3,0	5,0

Wenn auch in allen Ländern infolge der allgemeinen Wohnungsverminderung die Raumzahl zurückging, so hat Deutschland doch den traurigen Ruhm seit jeher, weit hinter den anderen Staaten zurückzustehen. Das erklärt sich ganz einfach daraus, daß der Kapitalismus in unserem Vaterlande es frühzeitig verstand, auch den Wohnungsmarkt seinen Interessen fast restlos dienstbar zu machen. So wurde Deutschland das typische Land der Mietskasernen. Und da die Bodenbesitzer den Preis des Landes ins Ungeheure steigerten, war der Arbeiter gezwungen, mit seinen Angehörigen in den ungesunden Mietskasernen mit ihren viel zu hohen Mieten zu wohnen. Das vorbildliche Wirken der Bodenreformer und der Siedlungsgenossenschaften haben zugunsten der Eigenheimfindung bereits einen kleinen Fortschritt erzielt. Trotzdem halten die anderen Länder auch hier den Rekord. Folgende Tabelle beweist das. Von je 100 Arbeiterfamilien wohnen im eigenen Heim auf eigener Scholle in

	Deutschland	Frankreich	England	Ver. Staaten
1900:	5	10	15	19
1924:	9	8	20	65

Das sind Zahlen, die für sich sprechen

Ein treffendes Bild.

Einst forderte Trojka nach einer Rede in Kiew seine Zuhörer auf, ihre Bemerkungen und Schwierigkeiten vorzubringen. Nur ein einziger meldete sich vor dem Gewaltigen zum Wort, ein Arbeiter namens Efimoff. Dieser mutige Mann bestieg die Rednertribüne mit einem Stocke in der Hand. "Genossen", sagte er, "seht euch diesen Stock an! Er erzählt euch die Geschichte der ganzen russischen Revolution. Vor der Revolution wurde das Land von den Aristokraten regiert, die durch den Knopf dieses Stockes dargestellt werden. Die Spitze hier unten bedeutet die Verbacher, die zu unterst waren. Die Mitte, das waren wir, die Arbeiter und die Bauern." Efimoff schlug und drehte den Stock um. "Nach der Revolution, Genossen", fuhr er dann fort, "wurde es umgekehrt. Die Aristokraten sind zu unterst gekommen und die Verbacher zu oberst. Und ihr? Ihr seid dort, wo ihr früher wart." Der Vergleich war gut; aber der Arbeiter Efimoff von Kiew wurde dafür erschossen.

Arbeiterkursus der Evangelisch-sozialen Schule.

Vom 14. Juni bis 10. Juli 1926 findet ein Arbeiterkursus im Johannisstift in Spandau für fortgeschrittene evangelische Arbeiter statt. Der Kursus wird geleitet von Professor Bruns städ, Dr. von Viebahn und Arbeitersekretär Gustav Hüfner. Er werden Themen aus der Reichs-, Staats- und Kommunalverwaltung, aus der Kirchengeschichte, aus der Wirtschafts- und Sozialpolitik, aus dem Gewerkschafts- und Arbeitervereinsleben, ferner aus den Arbeitgeberverbänden, dem Genossenschaftswesen, sowie über die Beantwärtigung der Arbeiter an der Wirtschaft etc. behandelt. Die Vortragenden sind sehr bekannte Persönlichkeiten, die meist seit langer Zeit im Dienste der christlich-nationalen Arbeiterbewegung stehen.

Die Gewinnung und Auswahl der Kuristen ist von entscheidender Bedeutung für den Erfolg des Kursus. Es kommt auf solche Leute an, die aus christlicher Ueberzeugung, um der Arbeiterfrage willen, zur Tätigkeit im öffentlichen Leben getrieben worden sind. Es müssen standesbewusste Arbeiter, gute

Christen und feste Charaktere sein, die auch über die geistige Regsamkeit und Aufnahmefähigkeit verfügen, daß sich der Kostenaufwand ihrer Teilnahme am Kursus lohnt.

Die Kursuskosten betragen für den Teilnehmer pro Tag 5 M für Verpflegung und Unterkunft, also für vier Wochen (28 Tage) 140 M. Das Fahrgeld wird durch die Evangelisch-sozialen Schulen um die Hälfte verbilligt. Diese Kosten können aufgebracht werden durch evangelische Arbeitervereine, durch evangelische Kirchengemeinden, Kirchenkreise, kirchliche Vereine, ferner durch die gewerkschaftlichen Berufsverbände usw. Natürlich muß auch, wie früher, an die Opferwilligkeit der Kursisten selbst appelliert werden. Von lebigen jungen Leuten kann man verlangen, daß sie die Kosten dieser Bildungsgelegenheit wenigstens zum Teil selbst tragen.

Wir brauchen—in der christlich nationalen Arbeitnehmerbewegung mehr als bisher befähigte evangelische Mitarbeiter. Darum wird gebeten, auf diese Bildungsgelegenheit besonders die evangelischen Kreise aufmerksam zu machen. Etwaige Teilnehmer am Kursus wollen sich unter Angabe von Name, Beruf, Anschrift des Anwerbers und unter Angabe, in welchen Verbänden und Vereinen er sich bisher betätigt hat, an die Evangelisch-soziale Schule in Spandau, Johannisstr. 11, schriftlich wenden.

Aus der Textilindustrie.

Kunstseide.

In der Nachkriegszeit hat die starke Nachfrage nach weichen glänzenden Stoffen, die in früheren Zeiten nur durch die teure Seide befriedigt werden konnte, die modernen Industriestaaten veranlaßt, der Produktion von Kunstseide ein erhöhtes Augenmerk zuzuwenden. Während man hinsichtlich der Seide auf das teure Rohmaterial Ostindiens angewiesen war, kann man den Rohstoff für die Kunstseide in den modernen Industriestaaten überall selbst erzeugen. Vor dem Kriege stand Deutschland in der Fabrikation von Kunstseide oben. 23 v. H. der Weltproduktion entfielen auf Deutschland. In den letzten Jahren haben sich neben den übrigen europäischen Staaten insbesondere die Vereinigten Staaten von Nordamerika dem Ausbau der Kunstseidenindustrie mit großem Eifer gewidmet. Die Weltproduktion an Kunstseide im Jahre 1925 verteilt sich nach einer italienischen Statistik in folgender Weise:

	in kg.	in v. H.
Vereinigte Staaten	25 000 000	30,13
Italien	13 500 000	16,26
Deutschland	12 000 000	14,45
England	11 000 000	13,25
Frankreich	6 500 000	7,83
Belgien	4 500 000	5,42
Holland	3 000 000	3,62
Schweiz	2 500 000	3,02
Andere Staaten insgesamt	5 000 000	6,02
Weltproduktion	83 000 000	

In welsch raschem Tempo die Kunstseidenfabrikation sich ausbreitet hat, geht daraus hervor, daß die Welt im Jahre 1913 erst etwa 16 Millionen Kilogramm produziert hat gegen 85 Millionen Kilogramm im Jahre 1925. Besonders rasch entwickelt sich die italienische Kunstseidenindustrie. In Turin wird in diesen Tagen eine neue Riesenspinne, die 25000 Arbeiter beschäftigen wird, in Betrieb genommen.

Aus unserer Arbeiterinnenbewegung.

Wochenendkurse für jugendliche Kolleginnen im Verbandsbezirk Krefeld.

Im Verbandsbezirk Krefeld wurde der erste Versuch mit solchen Kursen schon im vergangenen Jahre unternommen. Die erreichten Erfolge regten zur Wiederholung an. Es hat jetzt Ende April und Anfang Mai für die Sekretariatsbezirke Krefeld und Biersen wieder je ein Kursus stattgefunden. Vorbereitung und Leitung lagen in den Händen der Kollegin Kappels. In Krefeld beteiligten sich 22 und in Biersen 33 Kolleginnen. Die Zahl der Teilnehmerinnen hätte in Krefeld wesentlich größer sein müssen. Als Vortragende wirkten mit die Kolleginnen Fischer, Müller, Welcher und die Kollegin Boitash. Als Unterrichtszeit waren für beide Kurse an den Samstagen die Stunden von 4.30 bis 7.30 vorgezogen, Sonntags vormittags von 10 bis 1.30 Uhr. Die Vortragenden verstanden es, schon direkt bei Beginn der Kurse die geistige Verbindung zwischen sich und den Kursistinnen herzustellen, was zum guten Verlauf und Gelingen der Kurse in hohem Maße beitrug.

Kollegin Kappels konnte mit Genugtuung am Schluß der Veranstaltungen feststellen, daß auch die diesjährigen Kurse, die in feineren Erwartungen entworfen hatten. Im vergangenen Jahre ging von diesen Schulungstagen Ansporn zu praktischer Arbeit aus, in erhöhtem Maße wird dies jetzt der Fall sein. Herzlichen Dank sollte die Leiterin allen Vortragenden für ihre Bemühungen und für ihre Hingabe.

Im Anschluß an den Krefelder Kursus machten die Teilnehmerinnen einen Nachmittags-Ausflug nach Wünderheim. Hier verbrachten sie frohliche Stunden am Ufer des jetzt wieder freien deutschen Rheinstromes. Die Biersener Kursistinnen beteiligten sich an der Festveranstaltung zu Ehren unserer Jubilare in Helenebrunn und trugen zu dem Gelingen des Festes bei. Wiederholt gaben die Kolleginnen ihrer Freude über die Gesamtveranstaltungen Ausdruck und wünschten recht baldige Wiederholung.

Wir wollen in diesem Zusammenhang nicht vergessen, auf den am 29. und 30. Mai für Lobberich angelegten Arbeiterinnen-Wochenendkursus aufmerksam zu machen. Die Kolleginnen der Ortsgruppen des Sekretariats Lobberich sind zu zahlreicher Beteiligung an denselben eingeladen.

Aus unserer Jugendbewegung.

Weibliche Ortsgruppe Biersen.

„Wer die Jugend hat, hat die Zukunft!“ Ein wahres Wort, für denjenigen, der sie hat, kein Amt ist ein hohes, heiliges. Es wird heute so viel von der Jugend gesprochen. Auch unsere Arbeiterjugend ist mehr oder minder in den Strom dieser Bewegung hineingezogen. Das Wort Bewegung sagt schon, daß diese Strömung von der Jugend selbst ausgeht. So vereinen sich jetzt viele Kräfte, um an der Jugendwohlfahrt und Jugendpflege zu arbeiten. Zu diesem Zwecke wurden Jugendgruppen gebildet. Wir haben bis jetzt schon recht schöne Erfolge zu verzeichnen gehabt, die zu den besten Hoffnungen berechtigen. Alle 14 Tage kommen die jugendlichen zusammen. Meistens sind es 20 Mädchen, interessierte und strebsame Kolleginnen, die sich regelmäßig einfinden. Diese kleine Gruppe, die mit der Arbeiterinnenkommission arbeitet, soll die Kerngruppe der Bewegung bilden. Sie schulen sich in ihrer gemeinsamen Zusammenkunft, in denen sie die Zwecke, Ziele und Einrichtungen des Verbandes kennen lernen. In den Kursen, die von der Sekretärin oder Jugendführerin gehalten werden, wird über Tarif, Arbeitszeit, über sozialistische, berufliche und hauswirtschaftliche Ausbildung gesprochen. Die Arbeiterin hat in ihrem sozialen Leben Rechte und Pflichten, darum ist eine entsprechende Bildung notwendig. Die ständige Erziehung der Arbeiterin soll durch Zubehörschritte und Zusammenarbeiten mit den religiösen Ständevereinen erstrebt werden. Hauswirtschaftliche Kurse sollen eingerichtet, Vorträge in Jugendgruppen gehalten werden, wo über Erziehung, Sänglings- und Krankenpflege gesprochen werden soll. Jeder Kursabend schließt mit einem gemütlichen Teil, Sängerspiel und gemeinschaftlichen Liedern. Elisabeth Pannen.

Für unsere Jugendgruppen.

Geben erhalten wir vom Reichsministerium des Innern die Nachricht, daß die 50-prozentige Fahrpreismäßigung ab 1. Mai 1926 wieder in Kraft getreten ist. Die alten Berechtigungscheine gelten solange, bis die neuen Scheine an die Ortsgruppen ausgegeben sind. Die Verbandsleitungen sollen sofort die Zahl ihrer Jugendgruppen dem Gesamtverband melden, damit für diese die neue Weise angefordert werden können. Von unserem Verbande aus werden sämtliche bestehenden Jugendgruppen sofort gemeldet. Wenn die neuen Ausweise eintreffen, werden wir diese mit dem Wortlaut der Verordnung über die Fahrpreismäßigung allen Jugendgruppen zuwenden. Die Gruppenleitungen selbst können also vor dem, wie sie im Besitz des Ausweises sind, noch nichts unternehmen.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Aus Schlesien.

Ein „wahrer Hüter“ seiner Gemeinde

Ist der Landwirt und Gemeindevorsteher Emil Fichtner in Reichhennersdorf, Kreis Landeshut in Schlesien. Eine unserer Kolleginnen, die verwitwete Frau Agnes Beer in Reichhennersdorf wandte sich in einer behördlichen Angelegenheit. Rat ersuchend an ihren oben genannten Gemeindevorsteher. Im Laufe des Gespräches kam es zu kleinen Meinungsverschiedenheiten. Bei dieser Gelegenheit ließ sich der wohlwollende Herr Gemeindevorsteher dazu verleiten, den „klassischen“ Satz zu prägen: „Wenn Denke noch lebte, würde ich Sie schlachten lassen.“ Dieser Ausspruch zögert von einer Umwidmung und großer Taktlosigkeit. Und so ein Herr ist Gemeindevorsteher in Reichhennersdorf. Es sei noch erwähnt, daß Frau Beer 58 Jahre alt ist, von ihrem Arbeitgeber wegen dauernder Krankheit entlassen wurde und nun schon seit geraumer Zeit arbeitslos ist. In dem noch vorhandenen Krankheitszustand und der damit verbundenen großen Notlage mußte dieser Ausspruch doppelt niederschmetternd auf die Kollegin einwirken. Wie sollte allerdings auch der Herr Gemeindevorsteher Fichtner wissen, wie groß die Not der arbeitenden Bevölkerung und ganz besonders die Not der Arbeitslosen ist. Als Besitzer eines Gutes von 180 Morgen Ackerland und 50 Morgen Wald mit dem notwendigen Viehbestand hat man keine Zeit, um sich mit der bitteren Notlage der Gemeindeglieder zu befassen. Um in seiner beruflichen Tätigkeit als Landwirt nicht gestört zu werden, ließe Herr Fichtner am liebsten die Leute schlachten. Wir brauchen wohl weiteres nicht hinzuzufügen, denn diese Worte des Herrn Gemeindevorstehers sprechen für sich selbst. Nur eine Frage noch: Kann es den Bewohnern von Reichhennersdorf noch zugemutet werden, diesen Herrn als Gemeindevorsteher anzuerkennen? Und was sagt die Regierung dazu? E. S.

Delmenhorst. Für die Gewerkschaften erfolgreiche Arbeiterratswahlen auf der Norddeutschen Wollkammer und dem Linoleumwerke „Ankermark“. Ende März fanden auf den „Ankerwerken“ die Arbeiterratswahlen statt. Von der etwa 700 Mann starken Belegschaft stimmten 596 ab. Für die Liste der Gewerkschaften wurden 530, für die gelbe Liste 66 Stimmen abgegeben. Die Gelben erhalten keinen Vertreter, die Gewerkschaften sieben. Abgestimmt haben etwa 85 Prozent, es kam somit zu einer starken Wahlbeteiligung. In der Norddeutschen Wollkammer wurden 1992 Stimmen abgegeben. Für die Gewerkschaften stimmten 1849. Trotz unendlicher Anstrengungen erreichten die Gelben, die in ihrem Flugblatt bekanntgaben, daß der gelbe Betriebsrat das Vertrauen der Direktion besitze, nur 133 Stimmen. Ein ganz klägliches Ergebnis, wenn man bedenkt, wie die Lieblingskinder von der Direktion gepflegt und unterstützt worden sind. Die Gelben erhalten knapp ein Ergänzungsmittel. Sie haben gegenüber der letzten Wahl sieben Stimmen eingebüßt, die Gewerkschaften dagegen 361 Stimmen zugenommen. Mit Stolz kann die organisierte Arbeiterschaft auf dieses erfreuliche Resultat blicken. Sie hat den Unternehmerwindel, die Schaffung von Betriebsvereinen zur „Interessendirektion“ der Arbeiter durchschaut. Es ist doch ein Jermahn, zu glauben, ein gelber Betriebsverein könnte die Arbeiterinteressen wahren. Industrie-kongere und Großkapitalisten kennen nur das eine Ziel, die Löhne zu kürzen und die Arbeitszeit zu verlängern. Darum ist es verflänglich, wenn sie gelbe Schützengruppen schaffen, um mit ihrer Hilfe diese Ziele zu erreichen.

Sorau N. L. Unsere Ortsgruppe hielt am Mittwoch, den 14. 4. im „Schwan“ eine gut besuchte Mitgliederversammlung ab. Nach Eröffnung gedachte der Vorsitzende, Kollege Kadisch, des verstorbenen Kollegen Willy Stog und der Kollegin Selma Kadisch. Die Mitglieder ehrten ihr Andenken durch Erheben von den Plätzen. Darauf erstattete Kollege Ludwig den Kassenbericht vom 1. Quartal 1926. An Unterstützung wurden während dieser Zeit 454 M gezahlt. Auch hat die Mitgliederzahl wieder eine erfreuliche Zunahme zu verzeichnen. Dem Kassierer wurde für seine gewissenhafte Kassenführung gedankt und Entlastung erteilt. Hierauf hielt Kollege Gebendertzoff einen interessanten Vortrag über die allgemeine Wirtschaftslage. Besonders beleuchtete er die Krise in der Textilindustrie, wovon die Tuchbetriebe wohl am schwersten betroffen werden. Besonders groß hat darunter schwer zu leiden. Seit Oktober vorigen Jahres wird hier verkürzt gearbeitet, und viele Betriebe sind während dieser Zeit stillgelegt worden. Der ganze wirtschaftliche Niedergang sei gewiss eine Folge des verlorenen Krieges und der Verlust unserer Kolonien. Nach Beantwortung verschiedener Nachfragen wurde die Versammlung geschlossen.

Speßart. Am Sonntag, den 18. April, fand sich die christlich-nationale Jugend des Altortes zu einer Konferenz im Hotel „Baldhorn“ ein. Auch einige ältere Kollegen nahmen an der Konferenz teil. Nach herzlichen Begrüßungsworten des Kollegen Ziegler ergriff Gewerkschaftsführer, Kollege Engelmann, das Wort zu seinem Vortrag über „Zweck und Ziel unserer Bewegung“. In das lehrreiche Referat für das dem Redner auch an dieser Stelle herzlicher Dank ausgesprochen sei, schloß sich eine rege Diskussion, in welcher die älteren Kollegen die junge Garde aufforderten, treu und unerschrocken im Sinne der christlichen Gewerkschaftsbewegung zu arbeiten. — Es ist zu hoffen, daß sich die christlich-nationalen Arbeiter immer mehr zusammenschließen und sich die Bewegung immer mehr ausbreitet.

Biersen. Eine Werberveranstaltung unserer Jugendgruppe. Am 18. April veranstaltete die Jugendgruppe Biersen einen Unterhaltungsabend verbunden mit Kaffee, Theater, Bezaug, Vorträgen usw. An dem Kaffee nahmen 100 Kolleginnen teil. Überaus waren die Kollegen eingeladen. Auch diese hatten sich zur bestimmten Zeit eingefunden, jedoch der Saal des hies. Seemannshauses besetzt war. Auf Einladung wohnten der Veranstaltung Hl. Buscher, Biersen, Frau Konrektor Hoffmann, Dolken bei. Nach dem ersten Musikvortrag wurden zwei Prologe gesprochen. Hl. Berger: „Jugend herauf!“ Hl. Kogbani: „Christ das Alter!“ Der Kollege Köhler sagte einige Worte an die Anwesenden, dann erteilte er der Arbeiterführerin, Kollegin Kappels, das Wort. Der Zweck ihrer Ansprachen war, das Arbeitsgebiet der Jugendgruppe zusammenfassend darzustellen. Eingangs ihrer Begrüßung gab sie einen kurzen Bericht über den laufenden Gewerkschaftskongress in Dortmund. Sodann schilderte sie die Notlage der arbeitenden Jugend und welchen Gefahren diese ausgelegt sei. An alle Mütter richtete sie die dringende Bitte, ihre schätzbarsten Mädchen doch der Jugendgruppe zuzuführen. Diese bitte ihnen Schutz und Galt. Reicher Beifall wurde der Kollegin Kappels zuteil.

Unter Leitung von Frau Konrektor Hoffmann wurden zwei Reigen aufgeführt, die am Abend zur Wiederholung gebracht werden mußten. Dann folgte Theater, Musik- und humoristische Vorträge einzelner Kolleginnen. Auch dieses wickelte sich zur vollen Befriedigung der Anwesenden ab. Das reichhaltige Programm trug dazu bei, die Teilnehmer zu erfreuen und zu unterhalten. So hat diese mit viel Liebe, aber auch mit unendlicher Mühe vorbereitete Veranstaltung der Jugendgruppe Biersen viel neue Freunde gewonnen. Elisabeth Pannen.

Zittau. Fürsorge für erwerbslose Jugend. In die Stadt- und Gemeindeverwaltungen in der Oberlausitz wurde folgendes Anschreiben gerichtet: Am Sonntag, den 18. April, besaßte sich eine Führertagung der christlichen Gewerkschaften für den Bezirk Zittau unter anderem mit der Frage: „Was geschieht mit unserer erwerbslosen Jugend?“ Neben der moralischen Not spielt bei Arbeitslosigkeit die wirtschaftliche Not für die Jüngsten aus der Fabrik eine große Rolle. Eine untrügliche Härte erblickt die Versammlung in folgendem Zustand: Den jungen Arbeitern und Arbeiterinnen unter 16 Jahren werden während der Arbeit die vollen Beiträge zur Erwerbslosenfürsorge abgezogen, ohne daß sie irgendwelchen Anspruch bei einer Arbeitslosigkeit hätten. Die Jugend ist ohne jeden Lohn und ohne jede Unterstützung. Sie ist deshalb auch nicht in der Lage, sich bei der Krankenkasse zur freiwilligen Weiterversicherung anzumelden, weil sie die Beiträge nicht zahlen kann. Im Falle einer Erkrankung haben diese Arbeiter und Arbeiterinnen keinen Anspruch auf Versorgung mit Arzt und Arznei. Mit der Behebung dieses Notstandes können wir nicht warten bis zur Verabschiedung des Gesetzes über Arbeitslosenversicherung.

Die Führertagung richtet deshalb an die Gemeinden die Bitte, die Krankenversicherung für jugendliche Arbeitslose, die keinen Anspruch auf Unterstützung haben, auf Kosten der Gemeinde vorzunehmen.

Die Tagung ermahnt, daß die Vertretungen der Gemeinden und die übrigen Behörden diesem berechtigten Wunsche der erwerbslosen Jugend wohlwollende Berücksichtigung schenken. Mit vorzüglicher Hochachtung: Geschäftsstelle der christlichen Gewerkschaften Zittau, Grünestraße 16, gez. Hugo Goldberg.

Besondere Bekanntmachungen.

Regelung der Verbandsbeiträge.

Zentralvorstand und Verbandsauschuss haben beschlossen, daß in sämtlichen Ortsgruppen des Verbandes baldmöglichst eine eingehende

Kontrolle der Mitgliedsbücher

stattzufinden hat. Um die Beitragsleistung in den Mitgliedsbüchern prüfen zu können, ist die Einziehung der Mitgliedsbücher erforderlich. Jedes einzelne Mitgliedsbuch ist daraufhin zu prüfen, ob mindestens der Pflichtbeitrag gezahlt wird.

Um den Mitgliedern die Pflichtbeiträge nochmals bekannt zu geben, soll in jedes Mitgliedsbuch vorne ein Zettel mit Angabe des Pflichtbeitrages eingeklebt werden. Es steht allen Mitgliedern frei und ist dringend zu empfehlen,

freiwillig in eine höhere Beitragsklasse

zu zahlen. Dadurch erwerben sie Anspruch auf eine höhere Unterstützung in allen Unterstützungsfällen.

Wer bis spätestens 22. Mai 1926 in eine höhere Beitragsklasse übertritt und bis zum 3. Juli 1926 mindestens 6 Wochenbeiträge der höheren Beitragsklasse geleistet hat, erhält

Unrecht auf den Bezug der höheren Unterstützungssätze

im Falle der Erwerbslosigkeit. Der höhere Beitrag muß jedoch mindestens 10 % über dem Pflichtbeitrag liegen.

Gerade die jetzige Zeit zeigt uns die Bedeutung der gewerkschaftlichen Selbsthilfeeinrichtungen. Alle Mitglieder, die sich der Verantwortung ihrer Familie gegenüber bewußt sind, werden in Zeiten, wo sie dazu noch eben in der Lage sind, sich den Anspruch auf Unterstützung bei Arbeitslosigkeit durch den Verband sichern. Jedes Mitglied hat es in der Hand, die Höhe der Unterstützung durch Zahlung eines angemessenen Beitrages selbst zu bestimmen.

Melliand's Textilberichte.

Das Heft 5 der von uns in unserem Jahrgang schon so oft besprochenen Melliand's Textilberichte bringt wiederum eine Fülle wertvoller Materials. Vorwärtsstrebende Kollegen haben hier eine gute Gelegenheit, sich voran zu bilden. Das Inhaltsverzeichnis, das wir diesmal leider wegen Raummangels im einzelnen nicht bringen können, zeigt, daß das Heft 5 etwa 70 Aufsätze aus allen Gebieten der Textilindustrie enthält. Der Bezug von Melliand's Textilberichten ist unseren Mitgliedern zu empfehlen.

Am Schluß des Heftes ist eine Uebersicht über die offenen Stellen gegeben: Es werden gesucht: 2 Betriebsleiter, 2 Weberobermeister, 4 Webermeister, 2 Stuhlmesser, 6 Spinnmeister, 3 Appreturmeister, 1 Wollmeister, 7 Färbereimeister, 10 Färber und Wäscher, 6 Färber, 6 Appretur, 1 Colorträger, 1 Wollfärbereimeister, 1 Appretur.

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Die deutsche Sozialpolitik in Vergangenheit und Zukunft. — Zum Generalfest in England. — Beschlüsse des 11. Kongresses der christlichen Gewerkschaften. — Erst lesen — dann ernten! — Wer sich vom Beitrag drückt! — Belegung des Wohnungsbaues. — Gedanken zum Problem der Frauenerwerbslosigkeit. — Gedanken zum Problem der Frauenerwerbslosigkeit. — Die Genossenschafts-Zigarettenfabrik in Kaldenkirchen. — Bieviele Räume bewohnt der Arbeiter? — Ein treffendes Bild. — Arbeiterkursus der Evangelisch-sozialen Schule. — Aus der Textilindustrie: Kunstseide. — Aus unserer Arbeiterinnenbewegung: Wochenendkurse für jugendliche Kolleginnen im Verbandsbezirk Krefeld. — Aus unserer Jugendbewegung: Weibliche Ortsgruppe Biersen. — Für unsere Jugendgruppen. — Berichte aus den Ortsgruppen: Aus Schlesien. — Delmenhorst. — Sorau N. L. — Speßart. — Biersen. — Zittau. — Besondere Bekanntmachungen.

Für die Schriftleitung verantwortlich Gerhard Müller, Düsseldorf, Florafstr. 2.